

Christoph Picker, Thomas Posern,
Frank Vogelsang

**Zur Zukunft der Demokratie
in Rheinland-Pfalz**

Ein evangelisches Impulspapier

akademie_skizzen_06

Zur Zukunft der Demokratie in Rheinland-Pfalz
Ein evangelisches Impulspapier

Christoph Picker, Thomas Posern,
Frank Vogelsang

**Zur Zukunft der Demokratie
in Rheinland-Pfalz**

Ein evangelisches Impulspapier

akademie_skizzen_06

akademie_skizzen_06

Schriftenreihe der Evangelischen Akademie der Pfalz

Verlag: Evangelische Akademie der Pfalz

Druck: Saxoprint GmbH

Landau 2020

ISSN 2509-338X

Inhalt

- 7 Geleitwort des Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz
- 13 Christoph Picker, Thomas Posern,
Frank Vogelsang
Einleitung: Irritierte Demokratie
- 15 Christoph Picker
Repräsentationslücken und Beteiligungsdefizite
- 24 Frank Vogelsang
Digitalisierung und Strukturwandel der Öffentlichkeit
- 31 Thomas Posern
Gesellschaftliche Spaltungsprozesse
- 41 Christoph Picker, Thomas Posern,
Frank Vogelsang
Abschluss: Einladung zum Gespräch
- Anhang

Geleitwort des Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz

Wie lässt sich im Juni 2020 ein Geleitwort zu einem Impulspapier schreiben, das in seinen wesentlichen Teilen vor Beginn der Corona-Pandemie entstanden ist? Die Corona-Krise hat den politischen Alltag durchbrochen. Im Mittelpunkt staatlichen Handelns stand der Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung. Viele Debatten, die in den Monaten zuvor geführt wurden, traten in den Hintergrund: die Politik zeigte, dass sie auch wirtschaftlichen Interessen gegenüber entschieden auftreten kann, die Gefahr des Populismus schien abzunehmen und nicht zuletzt verschwanden die ermüdenden Personaldiskussionen aus der Berichterstattung der Medien und aus den politischen Talkshows.

Inzwischen stellt sich wieder das Gefühl der Normalität ein. Einer neuen Normalität, die aber der alten zum Teil erschreckend ähnelt: Interessenverbände suchen ihren Vorteil, Verschwörungstheorien schießen ins Kraut, der zum ersten Mal seit vielen Jahren blaue Himmel über den Großstädten der Dritten Welt führt die Gefahren der Umweltzerstörung nur umso deutlicher vor Augen. Alles wieder beim Alten?

Die Corona-Krise hat Entwicklungen angestoßen, die sich als entscheidend für die Zukunft der europäischen Demokratien erweisen können. Sie stellt nicht nur eine Gefahr dar, sondern beinhaltet auch die Chance, die von den Autoren des Impulspapiers diagnostizierte Irritation der Demokratie zu überwinden. Im Rückblick wird man die Corona-Krise vielleicht als einen wesentlichen Anstoß erkennen, der für eine Wiederbesinnung auf die Stärken demokratischer Gesellschaften und den Neuaufbruch zu einem solidarischen Europa steht. Dabei ist es nicht so, als hätte die Krise die politische Ausgangslage grundlegend verändert. Vielmehr wirken heute die gleichen gesellschaftlichen Triebkräfte wie vor wenigen Monaten. Soziale, ökologische und ökonomische Herausforderungen haben ihre Bedeutung nicht verloren. Risiken, die sich zuvor gezeigt haben, bestehen auch

jetzt fort und Chancen, die jetzt ersichtlich werden, sind seit längerem in unserem politischen und gesellschaftlichen System angelegt. Liberale, demokratische Gesellschaftsordnungen, denen ein Bürgerbewusstsein zugrunde liegt, zeichnen sich seit jeher durch ihre Resilienz aus. Sie sind lernfähig und in der Lage auf Herausforderungen kreativ zu reagieren. So gesehen hat die Corona-Krise die politische Situation nicht umgestürzt, sondern den Blick auf bestehende Chancen eröffnet. Meine Hoffnung nährt sich aus mehreren Beobachtungen.

In der Krise hat sich die Stärke offener, demokratischer Gesellschaften erwiesen. Im März, zu Beginn der Epidemie in Deutschland, fanden sich in Leitartikeln noch Stimmen, die die Effizienz des chinesischen Vorgehens priesen und die deutschen föderalen Strukturen dagegen als schwerfällig schalteten. Wer häufig mit Vertretern der Wirtschaft zu tun hat, kennt diese Verführungskraft des chinesischen autoritären Kapitalismus. Die Wahrnehmung in der Bevölkerung hat sich inzwischen allerdings geändert. Wir wissen, dass in China zu Beginn des Ausbruchs Informationen nicht weitergegeben oder gar unterdrückt wurden. Dies ist für autoritäre Regime ohne das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Medien typisch. Der autoritäre Staat ist daher nur scheinbar ein starker Staat. Offene, demokratische Gesellschaften bieten dagegen die Möglichkeit, Probleme frühzeitig zu erkennen, zu benennen und damit Fehler schnell zu beheben.

Auch der Föderalismus hat sich letztlich als erfolgreich erwiesen. Wenn man in verschiedenen Bundesländern beruflich tätig ist, mag es lästig sein, sich die Unterschiede der Corona-Verordnungen einprägen zu müssen. Aber das föderale System hat in der Bekämpfung der Corona-Pandemie auch die Möglichkeit eröffnet, auf die Bedürfnisse des jeweiligen Bundeslandes zugeschnittene Maßnahmen zu ergreifen. Bereits am 5. April 2020 erschien im britischen Guardian ein Artikel mit der Überschrift »Germany's devolved logic is helping it win the coronavirus race«. Der Vorteil des föderalen Systems liegt in seiner Anpassungsfähigkeit und besseren Steuerungsfähigkeit. In den Ländern ist es einfacher, so regional und so individuell wie möglich auf das Infektionsgeschehen zu reagieren, Maßnahmen abzuwägen und vor Ort anzupassen. Dieses Vorgehen erleichtert maßvolles und

nachvollziehbares Handeln und stärkt dadurch wiederum die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Das Föderale hat hierbei gegenüber dem Zentralstaatlichen auch einen strategischen Vorteil: regional angepasste Maßnahmen sind besser vermittelbar und können gegebenenfalls für andere Bundesländer Vorbildcharakter haben. Die Verantwortung für die im Land getroffenen Entscheidungen bekommt ein Gesicht in der Person der Ministerpräsidentin, der Gesundheitsministerin, aber auch der Landtagsabgeordneten, die als Krisenlotsen im ständigen Kontakt mit den Menschen in ihren Wahlkreisen stehen. Voraussetzung dafür ist die reguläre, verfassungsrechtlich gesicherte und vollumfängliche Arbeitsweise der Parlamente, die, wenn nötig, auch die grundgesetzlich verbrieftete Möglichkeit besitzen, regulierend in die Verordnungstätigkeit der Landesregierungen einzugreifen.

Die Verantwortung des Landesparlaments und seiner Abgeordneten in Krisenzeiten trifft sich mit der Rolle, die Bürgernähe und regionale Identität spielen, um sozialen Wandel demokratisch gestalten zu können. Gerade in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels besteht das Bedürfnis nach regionaler Identität. Das im wörtlichen und metaphorischen Sinne Nahe bietet Vertrautheit und Sicherheit. Es erlaubt die gelebte Solidarität in Nachbarschaften zu erfahren und eigene politische Mitwirkungsmöglichkeiten unmittelbar zu erleben.

Dabei sind Heimatverbundenheit und regionale Identität nicht mit Provinzialität zu verwechseln. Sie bedeuten nicht, dass Überkommene zwanghaft zu bewahren. Sie steht nicht für Rückzug und Abschottung. Vielmehr bietet regionale Identität ein Orientierungswissen und stellt Sozialkapital zur Verfügung: Empathie, soziales und ökologisches Verantwortungsgefühl sowie Solidarität können aus den Erfahrungen des gelebten Miteinanders erwachsen. Dabei ist das Missverständnis zu vermeiden, regionale Identität sei nur eine Sache des ländlichen Raums. Auch lebenswerte Stadtquartiere besitzen das Potential, Gemeinschaftsgefühle und Zugehörigkeit hervorzubringen. Auch deshalb sind der Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung Erfolgsmodelle.

In Deutschland sind nicht so große soziale Verwerfungen zu beobachten wie in Großbritannien oder den USA. Das hängt nicht zu-

letzt mit dem Sozialstaat zusammen. Die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, der erweiterte Schutz von Mietern und ein gut ausgebautes Gesundheitssystem haben das Auseinanderbrechen der Gesellschaft verhindert. Im Impulspapier wird zurecht darauf hingewiesen, »dass auch Pfleger*innen, Verkäufer*innen, LKW-Fahrer*innen und viele andere schlecht bezahlte Berufsgruppen systemrelevant sind. Sie verdienen gesellschaftlichen Respekt und eine angemessene Entlohnung.« Wenn die Normalität zurückkehrt, kommt es darauf an, diese Lehre aus der Corona-Krise nicht zu vergessen. Es ist ein starker Sozialstaat, der die Demokratie pandemiefest macht. Ein starker Sozialstaat fördert Solidarität und schützt damit die Demokratie. Deshalb gilt es, ihn aus- und nicht abzubauen.

Der Sozialstaat allein kann gesellschaftlichen Zusammenhalt jedoch nicht gewährleisten. Hinzutreten muss der Gemeinsinn der Bürgerinnen und Bürger. In der Corona-Krise hat sich wieder einmal die große Hilfsbereitschaft der Menschen gezeigt. Angebote, zum Beispiel für ältere und kranke Menschen einkaufen zu gehen, fanden sich überall. So viele, dass letztlich die Zahl der Helferinnen und Helfer die der Hilfsbedürftigen überstieg.

Wie schon 2015, als viele Tausend Geflüchtete nach Deutschland kamen, waren es auch jetzt wieder die Kirchengemeinden, die Hilfsangebote unterbreiteten und koordinierten. In der Politik betont man gern die Bedeutung der Kirchen für das gesellschaftliche Miteinander. 2015 und 2020 hat sich gezeigt, dass es sich dabei nicht um bloße Sonntagsreden handelt.

Abschließend möchte ich auf eine Entwicklung hinweisen, auf die ich noch zu Beginn der Epidemie nicht zu hoffen gewagt hätte, nämlich das gestiegene Bewusstsein für die europäische Verantwortung Deutschlands. Die Fehler in der Behandlung von Griechenland nach Ausbruch der Finanzkrise dürfen sich nicht wiederholen. Dass nach den Vorschlägen Emmanuel Macrons und Angela Merkels sowie der EU-Kommission erstmals Hilfszahlungen nicht nur als Kredite, sondern auch als Beihilfen gezahlt werden sollen, ist ein wichtiger Schritt hin zu einem solidarischen Europa. Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft zum Nutzen der exportorientierten Länder des Nordens. Die besonderen Bedingun-

gen der stärker auf den Binnenmarkt angewiesenen südlichen Länder müssen berücksichtigt werden. Dies scheint endlich zu geschehen. Die Landesparlamente können dabei eine wichtige Rolle spielen. Sie können um Verständnis für die Hilfsmaßnahmen werben, indem sie die Lage von Regionen – nicht Nationen – in den Fokus stellen. Sie können auch darauf achten, dass Hilfsmittel zielgenau subsidiär eingesetzt werden. Denn je stärker sich die Europäisierung politischer Entscheidungen bemerkbar macht, desto wichtiger werden regionale und Landesparlamente. Starke Regionen und Regionalparlamente sind ein unabdingbares Gegengewicht zum Zentralismus. Wenn wir Akzeptanz für den Prozess der europäischen Einigung gewinnen wollen, so wird das nur gelingen, wenn er von starken föderalen Institutionen begleitet wird.

Zunächst sah es so aus, als schwäche die Corona-Krise aufgrund der Grenzschließungen die Europäische Union, nun besteht Hoffnung, dass sie langfristig gestärkt aus ihr hervorgeht.

Die Corona-Epidemie ist noch nicht zu Ende. Doch hat ihre vergleichsweise gute Bewältigung in Deutschland gezeigt, dass die Verbindung von bürgerschaftlichem Engagement, kommunaler Daseinsvorsorge, einem leistungsfähigen Sozialstaat und europäischer Solidarität sich gerade in Krisensituationen bewähren kann. Wie unter einem Brennglas lassen sich bereits existierende Entwicklungslinien und Unterströmungen beobachten.

Daher ist das Impulspapier der Autoren aus der evangelischen Kirche auch nicht obsolet. Im Gegenteil, die diagnostizierten gesellschaftlichen Spaltungsprozesse bestehen fort. Wie sich Bürgerbeteiligung und politische Repräsentation verbinden lassen, bleibt eine entscheidende Frage, und die Überlegungen zu Öffentlichkeit und Digitalisierung haben noch an Bedeutung gewonnen. Jedoch erlaubt uns der vergleichsweise erfolgreiche Umgang mit der Corona-Krise optimistischer in die Zukunft schauen, als dies in manchen Diskussionen im Rahmen der »Mainzer Evangelischen Gespräche« der Fall war. Die Krise kann sich daher als ein Anstoß zum Besseren erweisen.

Nicht verzichten möchte ich darauf, dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz und den Evangelischen Akademien dafür zu danken, dass sie Vertreterinnen und Vertreter der

Kirchen, Politikerinnen und Politiker sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Gesprächen in offener Atmosphäre zusammenbringen. Die Kirchen eröffnen damit einen Diskursraum, der einen Beitrag zur Zukunft der Demokratie leistet.

Hendrik Hering, Juni 2020

Einleitung: Irritierte Demokratie

Die Demokratie steht unter Druck. Volksparteien erodieren. Protestbewegungen, Populisten und Rechtsextreme sind im Aufwind. Mehrheitsbildungen werden schwieriger. Autoritäre Optionen gewinnen an Attraktivität. Kritik am politischen System wird lauter. Es mehren sich die Anzeichen eines Akzeptanz- und Vertrauensverlustes der freiheitlichen Demokratie. Die Irritation hierüber ist auch im traditionell stabilen und unaufgeregten Rheinland-Pfalz spürbar. Der souveräne Umgang mit der Corona-Krise hat Bundes- und Landesregierungen zunächst gestärkt. Ob sich dieser Trend als nachhaltig erweisen wird, bleibt abzuwarten. Die Stabilität populistischer und autoritärer Regierungen in anderen europäischen Ländern, in den Vereinigten Staaten von Amerika sowie Asien mahnt eher zur Vorsicht.

Das Projekt »Zur Zukunft der Demokratie in Rheinland-Pfalz« der Evangelischen Akademie der Pfalz, der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Evangelischen Akademie Frankfurt sowie des Evangelischen Büros Mainz will den Veränderungen nachgehen und Handlungsmöglichkeiten ausloten. Erwachsen ist die Initiative aus einem langjährigen Dialog mit Landtagsabgeordneten im Rahmen der »Mainzer Evangelischen Gespräche«.

Die christlichen Kirchen haben sich mit der freiheitlichen Demokratie historisch zunächst schwergetan. Inzwischen begreifen sie sich ganz selbstverständlich als zivilgesellschaftliche Institutionen, die Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen tragen. Dabei sind christliche, für die evangelische Kirche auch reformatorische Grundanliegen leitend: Respekt gegenüber allen Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrer Herkunft und ihrem Geschlecht, Nächstenliebe und Schutz der Schwachen, Hochschätzung einer Kultur des Wortes zur Bearbeitung von Pluralität, Freiheit und Verantwortung des Einzelnen.

Die Demokratie des Grundgesetzes und der rheinland-pfälzischen Verfassung hat in den letzten Jahrzehnten für Rahmenbedingungen gesorgt, die solchen Grundanliegen förderlich waren. Aus

christlicher Perspektive wird die politische Ordnung auch künftig hieran zu messen sein.

Das vorliegende Impulspapier ist das Ergebnis eines längeren Konsultationsprozesses mit Vertreter*innen von Kirchen und Akademien, Parlamentarier*innen und anderen Fachleuten. Es handelt sich dabei nicht um eine kirchenamtliche Äußerung oder ein Konsenspapier, sondern um einen Text, der von den Autoren persönlich verantwortet wird. Adressat*innen sind Mandats- und Amtsträger*innen sowie kirchliche, zivilgesellschaftliche und mediale Akteure, die das politische Leben in Rheinland-Pfalz bestimmen. Ziel des Papiers ist es, einen offenen Diskussionsprozess anzuregen und konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie anzustoßen.

Das Land Rheinland-Pfalz bietet hierfür gute Voraussetzungen. Die Traditionen der liberalen Demokratie sind historisch tief verwurzelt. Die politischen Verhältnisse sind stabil. Zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Lagern bestehen konstruktive und vertrauensvolle Beziehungen. Die Bereitschaft zu pragmatischen Lösungen und zur Verständigung ist fester Bestandteil der politischen Kultur des Landes. Die Corona-Krise lässt eher die Stärken als die Schwächen der föderal verfassten Demokratie in Erscheinung treten. Für Christ*innen gibt es auch jenseits solcher Voraussetzungen guten Grund zur Hoffnung.

Repräsentationslücken und Beteiligungsdefizite

Analyse

»Wir sind das Volk« ist einer der markantesten Slogans der letzten Jahre: bei den Montagsdemonstrationen gegen Sozialabbau 2004, bei PEGIDA, in Chemnitz 2018, bei den Demonstrationen des »Frauenbündnis Kandel«. Ursprünglich gehörte er in den Zusammenhang der friedlichen Revolution und war herrschaftskritisch gegen die SED-Diktatur gerichtet. Heute wird er gegen Demokrat*innen in Anschlag gebracht: »Wir sind das Volk, nicht die gewählten Repräsentant*innen in den Parlamenten«.

Wenn Teilgruppen der Gesellschaft den Anspruch erheben, für das gesamte Volk zu sprechen, ist das problematisch. In liberalen Demokratien erfordert Herrschaft eine Legitimation, die durch Wahlen hergestellt wird. Die Behauptung eines einheitlichen Volkswillens ist anmaßend und übergeht die Pluralität moderner Gesellschaft. Zumal aus christlicher Perspektive bleibt jede politische Meinungsäußerung partikular, irrtumsbehaftet und vorläufig. Die Totalperspektive auf die Wirklichkeit ist Gott vorbehalten. Insofern ist es gottvergessen, wenn Einzelakteure, Bewegungen oder Parteien für sich in Anspruch nehmen, das Volk als Ganzes zu repräsentieren.

Der Erfolg rechter Bewegungen und die Unzufriedenheit, die dort artikuliert wird, könnte jedoch ein Hinweis auf erhebliche Repräsentationslücken sein. Teile der Bevölkerung scheinen sich mit ihren Einstellungen, Lebensentwürfen und Interessen im politischen System nicht mehr hinreichend vertreten zu fühlen. Schon seit längerer Zeit haben sich viele von der Beteiligung am politischen Leben verabschiedet. Das gilt nicht nur im Hinblick auf politisches Engagement und die Bereitschaft zur Übernahme politischer Ämter, sondern auch für die Teilnahme an der politischen Willensbildung und an Wahlen.

Strittig ist, wie diese Repräsentationslücken genauer zu fassen sind. Soziale Benachteiligungen dürften ein wichtiger Faktor sein.

Unzufriedenheit artikulieren aber auch Angehörige der Mittelschicht und Gutsituierte. Abstiegsängste spielen dabei ebenso eine Rolle wie die komplexen Herausforderungen von Globalisierung und Digitalisierung. Die Erwartungen an lebenslanges Lernen, Mobilität sowie die Veränderung von Arbeits- und Lebenswelten überfordern vor allem Schwächere und Ältere. Festgefügte Rollen- und Familienbilder lösen sich auf. Die Gesellschaft wird diverser – auch aufgrund von Zuwanderung. Offensichtlich ist, dass rechte Bewegungen und Parteien die Unzufriedenheit durch die massenhafte Verbreitung von Mutmaßungen, Halbwahrheiten und Lügen gezielt anheizen. Ein Beispiel sind die Aktivitäten des sogenannten Frauenbündnis Kandel, das den Mord an der Schülerin Mia für autoritäre und rassistische Ziele instrumentalisiert.

Ein Blick auf die Ergebnisse der letzten Wahlen in Rheinland-Pfalz zeigt, dass die gestiegenen Stimmenanteile der AfD ungleichmäßig verteilt sind. Besonders hoch waren sie in sozial benachteiligten städtischen Wahlbezirken sowie in der Nord- und Westpfalz, in Germersheim, in der Südwestpfalz, im Rhein-Pfalz-Kreis und in Worms. Lässt dieser Befund Rückschlüsse auf den Charakter von Repräsentationslücken zu? Auffällig ist der Unterschied zwischen der Pfalz und Rheinhessen ohne Mainz auf der einen und dem Rheinland auf der anderen Seite. Spielen hier konfessionelle Prägungen eine Rolle? Die Ergebnisse sollten den evangelischen Kirchen jedenfalls zu denken geben.

Sind neben Repräsentationslücken auch ernstzunehmende Beteiligungsdefizite zu verzeichnen? Die Wahlbeteiligung war in Rheinland-Pfalz zuletzt wieder im Steigen begriffen. Indes klagen die traditionellen Parteien über rückläufige Mitgliederzahlen. Für politische Ämter auf lokaler und regionaler Ebene finden sich nur schwer Kandidat*innen. Als Antwort wird häufig die Weiterentwicklung von Verfahren formeller und informeller Bürgerbeteiligung vorgeschlagen – mit gemischtem Erfolg.

Unübersehbar werden Repräsentationslücken und Beteiligungsdefizite, wenn wohlwollende Neutralität und Passivität in laute Unmutsäußerungen umschlagen. Gefährlich wird es, wenn sich vor diesem Hintergrund die dunklen Seiten der Bürgergesellschaft artikulieren: Antiliberalismus und Autoritarismus, menschenrechtswidrige,

rassistische und sexistische Präferenzen, Verweigerung sachbezogener und vernünftiger Diskussionen, Verrohung der Debattenkultur, grundsätzliche Infragestellung der gesellschaftlichen Institutionen und des politischen Systems, verbale und physische Gewalt – wie etwa gegenüber dem katholischen Pfarrer Patrick Asomugha in Queidersbach. Solchen Tendenzen müssen Rechtsstaat, Kirchen und Bürgergesellschaft frühzeitig und entschieden entgegentreten.

Perspektiven

Repräsentationslücken sind in keinem politischen System vollständig vermeidbar. Werden sie aber zu breit, können sie dessen Akzeptanz aushöhlen. Deshalb sind sie ernst zu nehmen – sonst können politische Kräfte in die Bresche springen, die der freiheitlichen Demokratie feindlich gesonnen sind. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, die Repräsentationslücken inhaltlich zu fassen. Wahlanalysen und Umfrageergebnisse können hilfreich sein, ergeben aber häufig nur ein schematisches Bild. Entscheidend ist eine berufsethische Grundhaltung von Verantwortungsträger*innen: die Bereitschaft schlichten Zuhörens und Hinschauens. Parlamentarier*innen tragen hier eine besondere Verantwortung. Sie sind Vertreter*innen des ganzen Volkes und sollten dementsprechend auch allen zuhören. Dieser Auftrag hat Vorrang vor Parteiloyalität, Fraktionsdisziplin und Verpflichtungen gegenüber Klientelgruppen.

Das Bedürfnis, gehört und gesehen zu werden, scheint gegenwärtig stark ausgeprägt. Für den Evangelischen Kirchentag 2017 wählte das Präsidium die Losung »Du siehst mich« (nach 1. Mose 6,13). Die Diakonie wirbt seit 2018 in einer Kampagne mit den Hashtags #zuhören und #unerhört – unter anderem in der bezeichnenden Kombination »Unerhört! Diese Nichtwähler«. Die Diakonie Deutschland erklärt dazu: »Jede Lebensgeschichte hat ein Recht darauf, gehört zu werden – auch wenn sie Widerspruch herausfordert. Wütend, süchtig, obdachlos, depressiv, behindert, radikal, einsam, transsexuell – wir sind überzeugt: Zuhören und Streiten hilft hier weiter, und weder Zuhören noch Streiten ist einfach.« Wer zuhört und konstruktiv streitet, entgeht der Versuchung, die eigenen Interessen, Einstel-

lungen und Argumente absolut zu setzen. Er lernt, den anderen und die andere anzuerkennen wie sich selbst – eine wesentliche Voraussetzung für fairen Interessenausgleich und für die hohe Kunst des Kompromisses.

Bei welchen Gelegenheiten werden Zuhören und Hinsehen wahrscheinlich? Politiker*innen und andere gesellschaftliche Verantwortungsträger*innen gehören in aller Regel privilegierten Gruppen an. Milieuverengung und die Absorptionskräfte des Politikbetriebs sind nicht zu unterschätzen. Die Arroganz der Macht ist auch im bodenständigen Rheinland-Pfalz eine reale Versuchung. Dabei geht es nicht nur um persönliche Charakterstärke, sondern auch um systemische Voraussetzungen: Lebensweltliche Kontakte zu anderen Bevölkerungsgruppen ergeben sich nicht automatisch, sondern müssen eigens gesucht werden. Die Gestaltung von Räumen, in denen Repräsentant*innen den von Ihnen Repräsentierten auf Augenhöhe begegnen, so dass ein wirklicher Austausch möglich wird, bedürfen deshalb besonderer Aufmerksamkeit.

Grundsätzlich haben in einer freiheitlichen Demokratie alle Menschen ein Anrecht darauf, anerkannt und berücksichtigt zu werden. Das heißt jedoch nicht, dass auch alle ihre Anliegen und Haltungen Repräsentanz verdienen. Einzel- und Gruppeninteressen müssen gegeneinander abgewogen und mit dem Gemeinwohl abgestimmt werden. Was menschenrechtliche Standards verletzt oder der verfassungsmäßigen Ordnung zuwiderläuft, kann in einer freiheitlichen Demokratie keine Repräsentanz beanspruchen. Hilfreich ist die reformatorische Fundamentalunterscheidung zwischen Person und Werk. Was Menschen in dieser Welt tun und wollen, ist zwangsläufig mit Irrtümern, Egoismen und Boshafigkeiten versetzt. Trotzdem steht aus christlicher Perspektive außer Frage, dass jede einzelne Person jederzeit unbedingte Anerkennung verdient.

Entscheidend für die Vitalität der Demokratie ist neben personaler Anerkennung aller Menschen die politische Beteiligung möglichst vieler. Die rheinland-pfälzische Verfassung betont das sehr viel deutlicher als andere Landesverfassungen: Nicht nur Amts- und Mandatsträger*innen, sondern alle Staatsbürger*innen sind gehalten, ihre geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es

dem Gemeinwohl entspricht (Artikel 20). Der Staat handelt nicht nur durch seine Organe, sondern auch unmittelbar durch die einzelnen Staatsbürger*innen. Nach dem Verständnis der rheinland-pfälzischen Landesverfassung ist der Staat keine Serviceagentur. Die freiheitliche Demokratie fordert alle. Dahinter stehen erkennbar Subsidiaritätsvorstellungen aus der katholischen Soziallehre. Auch der Protestantismus betont Mündigkeit und Verantwortung des Einzelnen: Jeder und jede ist berufen, seine Gaben und Fähigkeiten für sich selbst, zum Wohle seines Nächsten und zur Ehre Gottes einzusetzen. Das gilt auch für den politischen Bereich. Als Instanz zwischen dem Einzelnen und dem Staat fungieren zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke. Dazu gehören auch die Religionsgemeinschaften.

2011 hat der rheinland-pfälzische Landtag eine Enquete-Kommission »Bürgerbeteiligung« eingesetzt, die Ende 2014 ihren Schlussbericht vorgelegt hat. Die Stärkung von Elementen direkter Demokratie und die Weiterentwicklung innovativer Beteiligungsformen ist besonders für den Nahbereich sinnvoll. Für das, was sie unmittelbar angeht, haben Bürger*innen besondere Kompetenzen, über die entfernte Entscheider*innen nicht verfügen. Offene Diskussionen über Handlungsalternativen erhöhen die Akzeptanz von Entscheidungen. Vor allem aber ist es ein menschliches Grundbedürfnis, die eigenen Lebensbedingungen selbst gestalten zu können – und sich nicht lediglich als Objekt fremder Entscheidungen zu erleben. Mehr Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene bietet Chancen. Die Kommune könnte sich auf diesem Wege erneut als das erweisen, was sie in der Geschichte mehrmals war: ein Motor von Demokratisierungsprozessen.

Klassische Formen politischer Beteiligung werden durch innovative Verfahren nicht überflüssig. Das Engagement in Parteien und die Übernahme von politischen Ämtern haben entscheidende Vorteile: Sie werden in besonderer Weise der Langfristigkeit und der Vielschichtigkeit politischer Prozesse gerecht. Und sie nehmen diejenigen, die an Entscheidungen beteiligt sind, zurechenbar in die Verantwortung. Stadträt*innen oder Bürgermeister*innen haften für die Folgen ihrer Entscheidungen und können gegebenenfalls abgewählt werden. Langfristiges Engagement mag in Spannung zu den Flexibilitäts- und Mobilitätserwartungen der Moderne stehen, verzichtbar ist

es nicht. In der Sprache der christlichen Tradition wäre hier von Treue und Verlässlichkeit zu reden.

Alle politischen Beteiligungsformen – ob klassisch oder innovativ – sind voraussetzungsreich. Sie erfordern Vertrautheit mit den Regeln der Demokratie, Fachkenntnisse im Hinblick auf die zu entscheidenden Sachverhalte und die Fähigkeit, abweichende Interessen anderer einzubeziehen. Erforderlich sind vor allem Bildung und Zeitbudgets, gegebenenfalls auch finanzielle Unabhängigkeit. Wenn politische Beteiligung gestärkt und verbreitert werden soll, müssen diese Faktoren berücksichtigt werden.

Anregungen

Die liberale Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Politiker*innen einen realistischen Eindruck von Stimmungen und Bedürfnissen der von ihnen zu vertretenden Bürger*innen machen. Gefragt sind explorative Techniken und der Mut, sich in gesellschaftliche Frontzonen zu begeben. Begegnungen zwischen Bürger*innen und Politiker*innen sollten dabei so gestaltet werden, dass Kommunikation in beide Richtungen möglich wird. Angesichts von Macht- und Bildungsgefällen ist das keine Trivialität. Vieles ist möglich: Hausbesuche und Präsenz im öffentlichen Raum auch außerhalb von Wahlkampfzeiten, sozial möglichst divers zusammengesetzte Fokusgruppen der Parteien, Fraktionen oder der Regierung, die Eröffnung von Bürgerbüros, Konsultationsprozesse zu einzelnen Sachfragen. Interessant sind Erfahrungen mit ausgelosten Bürgerräten in einigen europäischen Ländern und deutschen Kommunen.

In Rheinland-Pfalz werden immer wieder die jährlichen Schulbesuche der Landtagsabgeordneten am 9. November positiv hervorgehoben. Dieses Modell ließe sich auf andere Termine und auf andere Zielgruppen ausweiten: Kindertagesstätten (mit Elternbegegnungen), Mehrgenerationenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Jobcenter, Kultureinrichtungen. Auch der Rheinland-Pfalz-Tag ließe sich entsprechend nutzen. Jedes Jahr zwei zusätzliche Termine, für alle Abgeordneten am selben Tag, koordiniert durch die Landtagsverwaltung – das könnte zusätzliche Gelegenheiten inszenierten Zuhörens schaffen.

Zuhören und Hinschauen ändern nichts daran, dass Repräsentationslücken vielgestaltig und widersprüchlich sind. Die politischen Parteien haben hier unterschiedliche Potentiale. Sozial Benachteiligte werden sich von anderen demokratischen Kräften angesprochen fühlen als Wertkonservative oder Statusverunsicherte aus dem Mittelstand. Hier legt sich ein mutiger Rückgriff der Parteien auf ihre jeweiligen politischen Traditionen nahe. Auffällig ist, dass die Parteien, die am stärksten von Resonanzverlusten betroffen sind – also CDU und SPD – in den letzten Jahren erhebliche programmatische Neuorientierungen vollzogen haben. Sind im Zuge notwendiger Modernisierungsprozesse wesentliche Repräsentationserfordernisse vernachlässigt worden? Kurskorrekturen könnten die Chance bieten, dass politische Alternativen wieder erkennbarer werden, als dies derzeit angesichts einer Konzentration auf die bürgerliche Mitte und die Bindekräfte von Koalitionen möglich ist. Dabei geht es nicht um vordergründige Werbemaßnahmen und populistische Inszenierungen, die auch im bürgerlichen Spektrum zu beobachten sind, sondern um einen mutigen Rückgriff auf die sozialen, konservativen, ökologischen, pazifistischen und liberalen Grundüberzeugungen der je eigenen politischen Tradition. Ernsthafter, mit Kompromissfähigkeit gepaarter zivilisierter Streit wirkt belebend auf die Demokratie. Die mittlere Ebene des Landesparlaments kann dafür ein besonders ausstrahlungskräftiges Forum bieten – vor allem dann, wenn Parlamentarier*innen trotz des medialen Drucks und der gebotenen politischen Loyalitäten die Bereitschaft zu offenen Debatten und zu diskursiven Lernprozessen erkennen lassen.

Die Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung hat in ihrem Schlussbericht Maßnahmen vorgeschlagen, um die Hürden für Beteiligungsverfahren zu senken. Was tatsächlich umgesetzt wurde, nimmt sich gemessen am Aufwand der Enquete bescheiden aus. Unter anderem steht die vorgeschlagene Erarbeitung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung aus. Solche Leitlinien sollten berücksichtigen, dass Beteiligungsverfahren auch für unterprivilegierte soziale Gruppen mit niedrigem Bildungsstand zugänglich und attraktiv sein müssen. Beteiligungsverfahren dürfen nicht zur Durchsetzung von Einzelinteressen auf Kosten der Allgemeinheit einladen. Keinesfalls dürfen sie den Anschein erwe-

cken, Beteiligung würde nur simuliert. Und – das muss klar kommuniziert werden – sie können Formen langfristigen, verbindlichen und damit auch verlässlichen Engagements nicht ersetzen. Ebenfalls nicht umgesetzt ist die Anregung der Enquete-Kommission, das Thema Bürgerbeteiligung durch eine Servicestelle auf Landesebene institutionell zu verankern. Sinnvoll könnte die Anbindung an die Landeszentrale für politische Bildung sein, um Beteiligungsverfahren auch didaktisch begleiten zu können. Ein schlechtes und wenig demokratieförderliches Signal wäre es, wenn die ambitionierten Vorschläge der Enquete-Kommission einfach zu den Akten gelegt werden.

Beteiligung ist besonders in Bereichen vital, in denen es um unmittelbare Belange von Bürger*innen geht: Verkehr, Wohnen, Nahversorgung, soziale Infrastruktur, Ansiedlungspolitik, Bauprojekte. Da hier Kommunen die wichtigsten Akteure sind, sollten diese fachlich, rechtlich und finanziell in die Lage versetzt werden, Beteiligungsverfahren kompetent planen, durchführen und auswerten zu können. Beteiligung hat aber nur dann Sinn, wenn es vor Ort überhaupt etwas zu entscheiden gibt. Angesichts der Belastung mit Pflichtaufgaben, struktureller Unterfinanzierung und Überschuldung sind die Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene häufig erheblich eingeschränkt. Das schadet der Demokratie. Entschuldung und solide Finanzausstattung der Kommunen sind überfällig. In Rheinland-Pfalz sind viele Landtagsabgeordnete zugleich kommunalpolitisch engagiert. Für eine demokratiepolitisch gebotene Stärkung der Kommunen könnte das eine gute Voraussetzung sein.

Politische Teilhabe erfordert Bildung. Vor diesem Hintergrund ist es außerordentlich wichtig, dass der Gesellschafts- und Sozialkundeunterricht in Rheinland-Pfalz gestärkt wird. Das betrifft nicht nur Lehrpläne und Stundentafeln, sondern auch die Ausbildung, Anstellung und Fortbildung fachlich kompetenter Lehrer*innen. Ein wichtiges Instrument der außerschulischen Bildung ist die Landeszentrale für politische Bildung, deren Stärkung eine zentrale landespolitische Aufgabe ist. Zu den freien Trägern gehören die Evangelischen und Katholischen Akademien. Die Kirchen sollten sich hier nicht aus der Verantwortung zurückziehen, sondern diese Einrichtungen stärken. Mit dem Hambacher Schloss verfügt das Land über einen herausra-

genden Symbolort der Demokratie. Im Blick auf die Entwicklung zu einem bundesweit ausstrahlungskräftigen Lernort gibt es noch viel Luft nach oben.

Eindringlich zu warnen ist vor einer funktionalen Verengung politischer Bildung. Wer einseitig auf Demokratiewerbung oder kurzatmige Extremismusprävention setzt, greift zu kurz. Entscheidend ist, dass Bürger*innen Erfahrungen mit politischen Debatten und Aushandlungsprozessen machen. Darüber hinaus spielt Selbstwirksamkeit eine zentrale Rolle. Die auf den Weg gebrachte Stärkung der Schülermitbestimmung ist deshalb ein wichtiges Signal. Ähnliches wäre auch für die Hochschulen wünschenswert. Möglichkeiten zur Erfahrung von Selbstwirksamkeit könnte auch die Stärkung von Selbstverwaltungselementen in kulturellen und sozialen Einrichtungen sein.

Die evangelischen Kirchen leisten durch ihre presbyterial-synodale Kultur einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur politischen Bildung. Auch im kirchlichen Bereich sind jedoch gravierende Repräsentationslücken und Beteiligungsdefizite zu beobachten, die der Bearbeitung bedürfen. Die mühsame Kandidatensuche und niedrige Wahlbeteiligungen bei Kirchenwahlen sind nicht nur für die Kirchen, sondern auch für die Demokratie ein beunruhigendes Phänomen.

Dass die Demokratie nicht allein von Fakten und Kennzahlen lebt, sondern auch von Stimmungen, ist offensichtlich. Für das Christentum gehört die befreiende Kraft guter und hoffnungsfroher Geschichten zu den Grunderfahrungen. Trotz aller Defizite tragen deshalb Politiker*innen zusammen mit kirchlichen, zivilgesellschaftlichen und medialen Akteuren Verantwortung dafür, die freiheitliche Demokratie nicht schlechter zu reden, als sie ist.

Kontroversen und offener Streit gehören zu ihrem Wesen. Sachkritik darf schonungslos sein. Sie sollte es aber nie an Wertschätzung für ein System vermissen lassen, dass diese Kritik überhaupt erst möglich macht. In Zeiten der Verrohung des politischen Diskurses sind Gedankenlosigkeiten in diesem Bereich besonders schädlich.

Digitalisierung und Strukturwandel der Öffentlichkeit

Analyse

Der gegenwärtige Wandel der Gesellschaft ist maßgeblich durch die Entwicklung digitaler Technologien bestimmt. Es gibt kein gesellschaftliches Teilsystem, das nicht von ihm erfasst wäre. Er betrifft die industrielle Produktion ebenso wie den weltweiten Handel, Medien, Kunst, Kultur, Unterhaltungsindustrie und Alltagsgestaltung. Alle diese Bereiche unterlagen in den letzten 30 Jahren einem rasanten Wandel. Diese Entwicklung wird in absehbarer Zeit nicht an Geschwindigkeit verlieren. Neue Themen zeigen sich und werden intensiv diskutiert: das Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz, Virtual Reality. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die gesellschaftliche Realität in zehn Jahren wiederum ganz anders aussehen wird. Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat auf diese Herausforderung mit einer Digitalisierungsinitiative und der Einrichtung eines Digitalisierungskabinetts reagiert.

Digitale Technologien verändern die Kommunikationsformen einer Gesellschaft weitreichend. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird in Zukunft nicht unabhängig vom digitalen Wandel diskutiert werden können. Dabei haben digitale Technologien sowohl positive wie auch negative Effekte. Zunächst einmal gibt es den positiven Effekt, dass die technische Struktur des Internets die Differenz zwischen Sendern und Empfängern verringert. Durch die Form des Netzwerks werden potentiell fast alle Menschen zu Sendern, die viele Empfänger erreichen können. Diese Struktur kann grundsätzlich demokratische Entscheidungsprozesse unterstützen und eine größere Zahl von Menschen beteiligen. Dadurch können politische Prozesse vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene transparenter und partizipativer werden. Das gilt vor allem dann, wenn keine völlige Anonymität vorherrscht, sondern wenn sich die Akteure untereinander kennen und lebensweltbezogene Themen behandelt werden.

Gleichzeitig gibt es offensichtlich negative Effekte des digitalen Wandels. Dass alle prinzipiell die Möglichkeit haben, gleichberechtigt zu kommunizieren, bedeutet nicht, dass sie das tatsächlich auch tun. Nach wie vor gibt es große Unterschiede zwischen wenigen gesellschaftlich einflussreichen Persönlichkeiten und Institutionen mit großer Reichweite auf der einen und sehr vielen Teilnehmenden mit einer deutlich geringeren Reichweite auf der anderen Seite. Außerdem bilden sich relativ abgeschlossene Netzwerke mit einer hohen Selbstbezüglichkeit aus, sogenannte Kommunikationsblasen. Das Problem verschärft sich durch die Macht der Algorithmen in sozialen Medien und Suchmaschinen, über deren Konfiguration keine Transparenz hergestellt werden kann, weil sie von privaten Unternehmen gesteuert werden. Demokratiepolitisch ist es von hoher Relevanz, welche Posts etwa bei Facebook priorisiert werden. Kontrolliert werden kann es nicht.

Mit der Vielzahl von Sendern geht das Problem einher, dass häufig nicht nachvollziehbar ist, wer tatsächlich hinter einer kommunikativen Aktivität steckt und welche Meldung vertrauenswürdig ist. Die politischen oder weltanschaulichen Linien der Redaktionen klassischer Medien sind bekannt. Im Zeitalter digitaler Medien und vernetzter Strukturen jedoch nimmt der Anteil redaktionell verantworteter Nachrichten ab. Hinzu kommt eine massive Beschleunigung der Kommunikation. Ein Post in den sozialen Medien ist durch einen Klick verbreitet, ein Brief, selbst eine E-Mail, erfordert Zeit und bietet die Chance zur Reflexion. Die Folge dieser Veränderungen ist Verunsicherung: Was ist eine verlässliche Nachricht, was sind Fake News? Die Anonymität verleitet zu einer Verrohung der Kommunikation, zu Drohungen, Hate-Speeches und Shitstorms. Diese Entwicklungen bilden eine grundlegende Herausforderung für das politische System in unserer Gesellschaft.

Tendenziell schwächen digitale Medien gesellschaftliche Institutionen und privilegieren die Kommunikation von Einzelpersonen. Authentizität spielt dabei eine große Rolle. Personen können authentisch sein, nicht jedoch größere Institutionen, die häufig durch interne Konflikte und widerstreitende Interessen geprägt sind. Zu solchen Institutionen gehören die politischen Parteien. Sie haben

bislang durch interne Abstimmungen und Meinungsbildungsprozesse einen entscheidenden Beitrag zur politischen Orientierung geleistet. Diese Leistung wird durch die digitalen Medien erschwert. Digitale Technologien befördern politische Lagerbildungen mit homogenen Meinungen. Eine weitere Herausforderung bilden die immer kürzeren Reaktionszeiten in der politischen Kommunikation. Auch das schwächt komplexere Abstimmungen in Parteigremien. Prominente Personen in den Parteien finden mehr Aufmerksamkeit und gewinnen de facto mehr Macht, unter anderem durch die Nutzung von Kurznachrichtendiensten wie Twitter.

Perspektiven

Ein großes Potential digitaler Medien ist die Stärkung von kommunaler und regionaler Politik. Demokratische Meinungsbildung und die Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen können gerade in der kommunalen Politik durch digitale Medien verbessert werden. In Rheinland-Pfalz sind einige Kommunen und Dörfer in die »Strategie für das digitale Leben in Rheinland-Pfalz« eingebunden. Dabei soll es nicht nur um E-Governance gehen, also um die Möglichkeit, Verwaltungsaufgaben leichter mit digitalen Medien abzuarbeiten. Entscheidend ist vielmehr die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Prozesse selbst. Viele Fragen von Bürger*innen können hier transparent diskutiert werden, etwa über einen »Dorffunk«, einer regionalen Informations- und Diskussionsplattform, die auch über eine App auf dem Smartphone angesteuert werden kann. Der Bezug auf regionale Strukturen und Akteure verhindert, dass sich die Diskussionen in den digitalen Medien zu einer losgelösten Parallelwelt mit den entsprechenden Fehlentwicklungen verselbständigen. Online- und Offline-Kommunikation sollten miteinander verzahnt werden. Im Idealfall ergänzen und stärken sie sich gegenseitig.

Die Landespolitik hat eine wichtige Vermittlerfunktion zwischen wichtigen politischen Grundausrichtungen und ihrer Konkretisierung vor Ort. Das gilt zum Beispiel für Megathemen wie den Klimaschutz; denn allgemeine Ziele wie Nachhaltigkeit und CO₂-Reduktion müssen in regionale und kommunale Konzepte übersetzt werden – etwa

im Blick auf Mobilität, Logistik, Energie, Ernährung und Konsum. Bei der Umsetzung können digitale Medien eine entscheidende Rolle spielen. Sie können regionale Netzwerke stärken und die lokale Umsetzung allgemeiner Ziele fördern.

Um die Partizipation marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen an politischen Prozessen zu erhöhen, ist eine anspruchsvolle Medienbildung unumgänglich. Bei dem Ausbau der Medienkompetenz sind alle Bildungsinstitutionen gefordert: von den Grundschulen bis hin zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie der Landesregierung in Rheinland-Pfalz sollen auch die Kindertagesstätten systematisch eingebunden werden. Die Herausforderung des Bildungssystems durch digitale Technologien ist umfassend und reicht von der Ausstattung der Bildungseinrichtungen bis hin zur Weiterbildung von Lehrkräften. Das Land Rheinland-Pfalz hat mit medien+bildung.com eine gemeinnützige GmbH gegründet, um die pädagogische Begleitung von Jugendlichen im Umgang mit digitalen Medien zu fördern. Der Umgang mit den technischen Möglichkeiten erfordert auch eine ethische Orientierung. Die christliche Medienethik achtet besonders auf die Inklusion aller Menschen. Alle müssen befähigt werden, sich in den vielfältigen und unterschiedlich qualifizierten Angeboten digitaler Medien eine eigene, qualifizierte Meinung zu bilden.

Die Herausforderungen lassen sich nur bewältigen, wenn eine ausreichende digitale Infrastruktur bereitgestellt wird. Deshalb wird es in Zukunft darauf ankommen, dass Bildungseinrichtungen ausreichend mit technischen Geräten und Anschlüssen ausgestattet werden und dass der Breitbandausbau weiter voran getrieben wird (86 Prozent in Rheinland-Pfalz nach dem Statusbericht Dezember 2019). Leider sind gerade die ländlichen Regionen, die im besonderen Maße für eine digitale Stärkung regionaler Politik wichtig sind, noch nicht hinreichend berücksichtigt. Dabei sprechen viele Argumente für die Priorisierung des Anschlusses ländlicher Regionen. Unter anderem kann die vermehrte Nutzung digitaler Kommunikation einen Beitrag dazu leisten, den individuellen Pendelverkehr zu verringern, städtische Verdichtungsräume zu entlasten und die Attraktivität ländlicher Räume zu erhöhen.

Der Einfluss digitaler Medien wird weiter zunehmen. Der künftige Umgang mit ihnen muss problematische Entwicklungen einhegen und ihre positiven Seiten fördern. Fehlentwicklungen durch Verrohung der Kommunikation und Hate Speeches rufen nach einer strikteren Regulierung. Die digitalen Medien sind kein rechtsfreier Raum. Das bundesweite Netzdurchsetzungsgesetz ist ein erster Versuch dazu. Allerdings erscheint es problematisch, dass dabei privaten Unternehmen eine Schlüsselrolle zugewiesen wird. Vorrangig sollten staatliche Institutionen regulativ tätig werden. Regulierung ist eine hoheitliche Aufgabe. Solche Regelungen der Medien bieten das rheinland-pfälzische Landesmediengesetz und die Vorschläge der Landesmedienanstalt. Ein wichtiges Regulierungsinstrument ist der Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien zwischen den Bundesländern. Im ergänzenden Telemediengesetz nehmen digitale Medien breiten Raum ein.

Anregungen

Regionale und kommunale Angebote in digitalen Medien sollten weiter ausgebaut werden. Einerseits ist es wichtig, digitale Infrastruktur bereit zu stellen. Andererseits ist es unumgänglich, dass Menschen diese Infrastruktur auch kompetent und verantwortungsbewusst nutzen. Dies wird im kommunalpolitischen Kontext nur gelingen, wenn die Diskussionen und Beteiligungsformen in den digitalen Medien entscheidungsrelevant werden. Nur so kann politische Selbstwirksamkeit erlebbar werden. Eine Verknüpfung von Online- und Offline-Diskussionen ist dafür unerlässlich. Dabei geht es darum, die Arbeit in politischen Gremien durch digitale Medien transparent zu machen und sie mit breiteren öffentlichen Debatten zu verknüpfen. Digital gestützte Entscheidungsprozesse dürfen nicht nur die Ausnahme sein, sondern müssen die Regel werden.

Bürger*innen erleben den Umgang mit digitalen Medien, indem sie erfolgreich in Meinungsfindungsprozesse eingebunden werden. Das kann zum Beispiel das Angebot eines kommunalen Beschwerdemanagements sein, das für alle transparent auf einer Internetseite abgebildet wird: Wo ist die Straßenführung problematisch? Wel-

che Bereiche des Dorfes oder des Stadtviertels leiden unter hohen Umweltbelastungen? Mit einer nachvollziehbaren Meinungsbildung geht eine Steigerung der Kompetenz im Umgang mit digitalen Medien einher. Politische Bildung und die Bildung für den Umgang mit digitalen Medien werden künftig immer weniger zu trennen sein und sollten deshalb auch strategisch verknüpft werden.

Die Politik demokratischer Staaten bleibt weiterhin auf Institutionen angewiesen, die helfen, die Meinungsbildung zu strukturieren. Politische Parteien werden auch künftig von großer Bedeutung sein. Notwendig aber ist es, dass sich Parteien auch im Umgang mit digitalen Medien verändern. Vor allem sollten sie über veränderte interne und externe Kommunikationsstrukturen nachdenken. Die Differenzen zwischen internen Abstimmungsprozessen und öffentlichen Debatten werden an Bedeutung einbüßen. Auch hier kann die Arbeit in den Kommunen und Regionen ein Einstiegspunkt sein: Vor Ort können sich Mandatsträger*innen mit Bürger*innen leichter vernetzen und gemeinsame Profile der kommunalen und regionalen Arbeit gestalten. Diese wird immer mit den übergeordneten Zielen und Programmen der Parteien zu vermitteln sein. Aber eine erfolgreiche kommunale Arbeit stärkt die Vertrauensbasis der Parteien auch für übergeordnete Entscheidungsprozesse auf Landes- und Bundesebene. Digitale Technologien bieten die Chance, diese Ebenen miteinander zu verzahnen.

Unter dem Schutz der Anonymität findet in den allgemeinen digitalen Medien eine Verrohung der Kommunikation statt. Diese Entwicklung ist sehr ernst zu nehmen, weil sie einer Tendenz Vorschub leistet, auch gegenüber politischen Mandatsträger*innen mit Vorhaltungen und undifferenzierten Beleidigungen bis hin zur Androhung von Gewalt zu reagieren. In letzter Zeit haben Kommunalpolitiker*innen immer wieder auf diese Missstände aufmerksam gemacht. Die Konsequenzen gehen im Einzelfall bis hin zur Amtsniederlegung. Solche Vorgänge sind ein Zeichen gesellschaftlicher Zerrüttung und grundsätzlicher Entfremdung gegenüber politischen Akteuren. Auf der anderen Seite können digitale Medien aber auch neues Vertrauen schaffen, indem sie Entscheidungsprozesse transparent machen und Mitwirkung erleichtern. Kommunale Politik schließt

Konflikte nicht aus. Vor Ort aber lassen sich politische Entscheidungen viel leichter auf das gemeinsame Anliegen eines gedeihlichen Miteinanders beziehen.

Digitale Medien können helfen, die politische Kommunikation in den Regionen und Kommunen zu verbessern, indem sie eine höhere Transparenz und Verlässlichkeit erzeugen. Damit leistet diese Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die Stabilisierung des politischen Systems im Ganzen. Entscheidend ist, dass die kommunalen Aufgaben und Initiativen immer wieder mit überregionalen Zielen und Diskussionen verknüpft werden. Hier kommt insbesondere der Landespolitik als mittlerer Ebene eine wichtige, wenn nicht zentrale Aufgabe zu. Sie ist in besonderer Weise in der Lage, die allgemeinen politischen Ziele der Parteien mit konkreten politischen Initiativen vor Ort zu vermitteln. Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland mit sehr ausgeprägten regionalen Charakteristiken und vielen unterschiedlichen lokalen Eigenarten. An sie lässt sich bei der Entwicklung digitaler Strategien anknüpfen. Eine Stärkung der regionalen politischen Prozesse kommt dem gesamten Bundesland zu Gute.

Gesellschaftliche Spaltungsprozesse

Analyse

Exklusion von Teilen der Bürgerschaft ist nicht neu, hat sich aber in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich verschärft. Bei insgesamt steigendem gesamtgesellschaftlichem Wohlstand werden gleichzeitig einzelne Bevölkerungsgruppen durch die vor allem mit der Globalisierung verbundenen Prozesse abgehängt und von der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen. Die Globalisierung ist Folge und Treiber einer rasanten Entwicklung, die insbesondere durch die Digitalisierung und die neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte gekennzeichnet ist. Lebens- und Arbeitswelt werden in ungekannter Geschwindigkeit verändert. Wirtschaftsstandorte treten weltweit miteinander in Konkurrenz, damit zugleich Arbeits- und Entlohnungsbedingungen.

Die Betrachtung gesellschaftlicher Spaltungsprozesse erfolgt hier in der Grundhaltung evangelischer Sozialethik, die sich an Gottes vorrangiger Option für die Armen orientiert. Sozial- und wirtschaftsethisch bilden Freiheit und Gerechtigkeit zwei zusammengehörende Leitbegriffe: Eine zentrale biblische Tradition zuspitzend rückt Paulus die Freiheit eines Christenmenschen in den Mittelpunkt seiner Theologie. Biblische Traditionen vom Exodus bis zu den Evangelien betonen, dass Freiheit auf Dauer nur in annähernd gerecht gestalteten Verhältnissen bestehen kann. Im Interesse der Bewahrung der Freiheit Gerechtigkeit zu üben, ist ein zentrales biblisches Motiv. Die Gestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft muss sich daher vorrangig am Ziel gerechter Teilhabe für alle ausrichten: »Eine gerechte Gesellschaft muss so gestaltet sein, dass möglichst viele Menschen tatsächlich in der Lage sind, ihre jeweiligen Begabungen sowohl zu erkennen, als auch sie auszubilden und schließlich produktiv für sich selbst und andere einsetzen zu können. Eine solche Gesellschaft investiert folglich, wo immer es geht, in die Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen zur Gestaltung ihres eigenen Lebens sowie der gesamten

Gesellschaft in ihren sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen« (Ge-rechte Teilhabe. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland, 2006). Die Verwirklichung von Teilhabe der schwächsten Glieder einer Gesellschaft dient dabei als grundlegender Maßstab. Demokratie setzt auf Partizipation aller mündiger Bürger*innen. Deshalb bedrohen sozioökonomische und kulturelle Exklusionsprozesse die Demokratie von innen.

Auch die rheinland-pfälzische Gesellschaft ist heute in Bezug auf Einkommen und insbesondere Vermögen deutlich gespaltener als sie das bis in die Achtzigerjahre des zwanzigsten Jahrhunderts war. Dies gilt vor allem für die steigende Konzentration von mit Macht, Einfluss und Unabhängigkeit verbundenen Vermögen an der Spitze und Verschuldung am unteren Ende der Vermögenspyramide. Gemildert wird das durch die Renten- und Versorgungsansprüche abhängig Beschäftigter. Ausweislich des letzten Landesarmuts- und Reichtumsberichtes des Landes Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2015 ist die Vermögensverteilung hierzulande etwas weniger ungleich verteilt als in West- und Gesamtdeutschland. Dies hängt wesentlich mit der breiteren Streuung von Hausbesitz in diesem ländlich und kleinstädtisch geprägten Bundesland zusammen.

Neben privater spielt öffentliche Armut eine wichtige Rolle, da sie die Handlungsfähigkeit des Staates einschränkt und damit einhergehend Bürger*innen verunsichert. Die in ihren Folgen noch immer nicht überwundene Krise der Finanzmärkte 2008 und 2009 mit den sich anschließenden Staatsschuldenkrisen ist eine der wesentlichen Ursachen für die problematische Lage der öffentlichen Haushalte. Selbst in Zeiten sprudelnder Steuerquellen haben zahlreiche überschuldete Kommunen in Rheinland-Pfalz große Schwierigkeiten, ihrer Aufgabe der öffentlichen Daseinsfürsorge angemessen nachzukommen. Auch auf Landesebene sind die finanziellen Spielräume für Investitionen in die Infrastruktur – von Straßen- und Eisenbahnbrücken bis hin zur Bildung – äußerst begrenzt. Die Folgen der aktuellen Corona-Krise bilden für die öffentlichen Finanzen eine zusätzliche Herausforderung, deren Dimensionen noch gar nicht abzuschätzen sind.

Große Relevanz für eine Spaltung der Gesellschaft haben auch räumliche Faktoren: Städtisch-metropolitane Räume und ländliche

Räume scheinen sich immer weiter auseinander zu entwickeln. Innerhalb der Städte verstärken sich Prozesse der Gentrifizierung, also der Inbesitznahme attraktiv werdender Viertel durch einkommensstärkere Schichten bei gleichzeitiger Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen.

Die skizzierte sozioökonomische Entwicklung verschränkt sich in einem objektiv-subjektiven Wechselprozess mit kulturellen Faktoren im Sinne von Alltagskultur. Wirtschaft und Arbeitswelt werden unter Konkurrenzbedingungen ständig transformiert. Für Arbeitnehmer*innen hat dies einen enormen Fortbildungs- und Kompetenzdruck zur Folge. Einfache Arbeitsplätze fallen weg. Geschwindigkeit und Zeitdruck nehmen zu.

Globalisierung und die damit verbundenen Prozesse werden daher auf der Subjektseite vielfach als Kontrollverlust empfunden. Das geht einher mit einem Gefühl der Überforderung und der Entwertung von Fähigkeiten – immer öfter auch mit negativen Auswirkungen auf die seelische Gesundheit. Viele fühlen sich von einem beschleunigten, mit unzähligen Entscheidungs- und Bildungsanforderungen verbundenen Leben überfordert und in einer globalisierten Welt nicht mehr beheimatet. Die Entnationalisierung wirtschaftlicher und finanzieller Entwicklungen und Einflussmöglichkeiten verstärkt den Eindruck mangelnder Steuerungsfähigkeit des Staates.

Ob eine gesellschaftliche Gruppierung tatsächlich sozioökonomisch und kulturell abgehängt ist oder ob die Betroffenen lediglich subjektiv diesen Eindruck gewinnen, ist für die Orientierung dieser Gruppen von untergeordneter Bedeutung. Häufig dominieren die subjektiven Wahrnehmungen die politischen Optionen. Das Subjektive wird objektiv.

Bürger*innen erleben, dass Innovationen und Produktivitätssteigerungen mit einer Entwertung von individuellen Fähigkeiten und Exklusion einhergehen. Nationale Sozialstandards geraten unter Druck. Sozialstaatliche Sicherungssysteme wurden teilweise zurückgebaut. Traditionelle, stabilisierende Orientierungsmuster verlieren ihre scheinbar selbstverständliche Eindeutigkeit und müssen jeweils subjektiv neu konstruiert werden. Was Familie, Heimat und Identität jeweils bedeuten, wird diverser und unklarer. Viele Menschen emp-

finden diese Entwicklung offenbar als Kontrollverlust und fragen sich:
»Bin ich hier noch zu Hause?«

Zunehmende Vielfalt und die Sorge vor dem Verlust kultureller Vertrautheit können in allen Gesellschaftsschichten Spannungen hervorrufen. Wer aber ohnehin schon um Arbeitsplätze und knappen bezahlbaren Wohnraum kämpfen muss, wird neue Konkurrenz durch Zuwanderung potenziell eher als bedrohlich empfinden als Menschen in stabilen Lebens- und Berufssituationen.

Erst die Kombination objektiver Prozesse und subjektiver Dispositionen lässt eine gesellschaftliche Situation entstehen, in der die tiefgreifende Verunsicherung autoritären und rechtsradikalen Politikangeboten die Möglichkeit bietet, bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Migrant*innen als Sündenbock zu inszenieren. Bei knapp 20 Prozent der Bevölkerung treffen die skizzierten Globalisierungsfolgen auf langjährig verankerte autoritäre psychische Dispositionen. Das zeigen die einschlägigen Langzeitstudien von Wilhelm Heitmeyer. Solche Dispositionen können für autoritäre Politikangebote aktiviert werden. Verschiedene Untersuchungen zeigen zudem, dass keineswegs nur eine ökonomisch und sozial abgehängte Schicht solchen Versuchungen erliegt, sondern mehr noch Gruppierungen der Mittelschicht, die von Abstiegsängsten und der Sorge vor Kontrollverlust betroffen sind. Das spricht dafür, dass nicht nur ökonomische, sondern auch in einem weiteren Sinn kulturelle Faktoren zur Verunsicherung beitragen und regressive Sicherungsorientierungen aktivieren.

Perspektiven

Voraussetzung der Verwirklichung einer lebendigen, freiheitlichen Demokratie ist ein starker, demokratisch legitimierter Sozialstaat. Die weltweite Vernetzung macht nicht nur den Individuen zu schaffen. Auch die Steuerungsfähigkeit des Staates ist herausgefordert. Seine Aufgabe ist es, ökonomische Prozesse nicht wildwüchsig sich selbst zu überlassen, sondern unter Beteiligung der Zivilgesellschaft für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Dieses Ziel ist verankert in Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz. Daran ausgerichtet nimmt sich der Koalitionsvertrag der rheinland-pfälzischen Regierungskoalition

für die Legislaturperiode 2016 bis 2021 eine Gesellschaft zum Ziel, in der alle Menschen die Chance haben, ihr Leben und ihre Zukunft selbst zu gestalten.

Globalisierung und Digitalisierung werden ihre Janusköpfigkeit behalten. Sie eröffnen einerseits große Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft und bergen andererseits Risiken für die Lebensbewältigung der Individuen. Leben und Existenzsicherung der Individuen werden fluide. Sie sind zahlreichen Volatilitäten ausgesetzt und erscheinen immer schwerer kontrollierbar.

Fundamentale Unsicherheiten verursacht der Klimawandel. Ökologisch ist ein Punkt erreicht, an dem sich jegliche politische Steuerungsfähigkeit an der Frage entscheidet, ob es der Menschheit gelingt, den planetarischen Grenzen entsprechend zu leben und zu wirtschaften. Die Grenzen des Planeten sind spätestens seit der 1972 durch den »Club of Rome« veröffentlichten Studie »Grenzen des Wachstums« bekannt. Die alles überlagernde Entwicklung der von Menschen verursachten Umweltzerstörung rückt jedoch erst in den letzten Jahren ins breite öffentliche Bewusstsein. Diese Herausforderung zu bewältigen wird der Lackmusestest der Demokratie sein.

Um der Herausforderung multikulturellen Zusammenlebens zu begegnen, bedarf es einer inklusiven Politik des Sozialen. Dazu gehören für alle Bürger*innen zugängliche Regelprogramme aktiver Beteiligung und sozialer Integration – zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Wohnen und Mobilität. Ungleichheit zerreißt eine Gesellschaft von innen heraus. Daher sind Demokratie und Sozialstaatlichkeit untrennbar miteinander verbunden. Die Sorge für Modernisierungsverlierer ist nicht nur eine soziale, sondern auch eine demokratische Herausforderung. Die Demokratie lebt von Voraussetzungen, zu deren Schaffung und Erhalt sie selbst beitragen kann und muss. Modernisierung ist auf soziale Teilhabe angewiesen.

Migrationsprozesse werden auch in absehbarer Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Menschen werden vor Kriegen, Terrorismus, Armut und Folgen der Umweltzerstörung fliehen. Um destruktive Konkurrenzen zu vermeiden, müssen solche Prozesse durch eine Politik begleitet werden, die alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen berücksichtigt. Ziel muss die Schaffung einer offenen, demokra-

tischen und solidarischen Gesellschaft der Unterschiedlichen sein. Das ist nicht nur eine Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Zivilgesellschaft, nicht zuletzt auch der Sozialpartner, der Kirchen sowie der kirchlichen und säkularen Wohlfahrtsverbände.

Eine Gesellschaft der Verschiedenen lebt vom vollen gegenseitigen Respekt ihrer Mitglieder. Die demokratischen Entscheidungsprozesse einer Gesellschaft setzen die wechselseitige Anerkennung aller Menschen als mit unverlierbarer Würde ausgestattete Subjekte voraus. Diese philosophische und politische Erkenntnis hat in Artikel 1 Grundgesetz ihren Niederschlag gefunden. Sie ist durch die in der biblischen Schöpfungsgeschichte angelegte Vorstellung der Gottesebenbildlichkeit des Menschen grundgelegt und durch die maßgebliche sozialethische Orientierung an den schwächsten Gliedern der Gesellschaft präzisiert. Die christliche Maxime der Nächsten- und der Feindesliebe kann man säkular als Respekt gegenüber dem und der Anderen verstehen. Die gegenseitige Anerkennung der Personen begründet die Möglichkeit tragfähiger Kompromisse zwischen widerstreitenden Interessen. Der Kompromiss ist die hohe Kunst der Politik.

Das weitgehende Fehlen metropolitaner Agglomerationen in Rheinland-Pfalz verringert den Stadt-Land-Gegensatz. Die Landespolitik muss dennoch ihre Bemühungen um Stärkung der ländlichen Räume, insbesondere in den Feldern Öffentlicher Nahverkehr, Bildung, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur, weiterentwickeln. Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsstruktur ist in sehr hohem Maße von kleinen und mittleren Unternehmen gekennzeichnet. Das ist deshalb von großer Bedeutung, weil in dieser von eigentümergeführten Unternehmen geprägten Wirtschaftsstruktur die persönliche Verantwortung für Betrieb und Gemeinwesen traditionell eine hohe Bedeutung hat.

Anregungen

Um die Exklusion von Teilen der Bürgerschaft vom gesamtgesellschaftlichen materiellen und immateriellen Wohlstand zu verhindern, müssen öffentliche Güter eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung

der Gesellschaft spielen: Aktive Beteiligung der Subjekte an demokratischen Prozessen setzt einen ausreichend guten Zugang zu Ressourcen voraus. Der jahrzehntelange Prozess der Umverteilung von unten nach oben muss durch geeignete sozial- und steuerpolitische Maßnahmen gestoppt und umgekehrt werden. Die starke Spreizung der Vergütungen hat sich als Irrweg erwiesen. In der Corona-Krise zeigt sich wie in einem Brennglas, dass auch Pfleger*innen, Verkäufer*innen, LKW-Fahrer*innen und viele andere schlecht bezahlte Berufsgruppen systemrelevant sind. Sie verdienen gesellschaftlichen Respekt und eine angemessene Entlohnung.

Die Erfahrung mit der Corona-Krise stützt die Erkenntnis, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates – auch in konjunkturell schlechten Zeiten – gestärkt werden muss, um adäquate Sozial- und Bildungspolitik sowie Investitionen in sächliche Infrastruktur in Bund, Ländern und Kommunen auskömmlich zu gestalten. Das Land muss sich auf Bundesebene für die Verringerung der ökonomischen Spaltung einsetzen, um die gesellschaftliche Mitte zu stärken und die weitere Exklusion der unteren ökonomischen Schichten zu verhindern.

Von hoher Relevanz ist die Stärkung der kommunalen Ebene. Kommunen sind Orte, an denen die Demokratie für Bürger*innen in besonderer Weise lebensweltlich erfahrbar und gestaltbar wird. Der kommunale Handlungsraum ist der Ernstfall der Demokratie. Die Demokratie muss vor Ort erlebbar bleiben und dort zeigen, dass sie gerade den sozial Schwachen nützt. Infrastruktur und Mobilität in ländlichen Räumen müssen gestärkt werden, um Prozesse räumlicher Desintegration zu vermeiden. Versteckte Armut auf dem Land muss bekämpft werden. Rheinland-Pfalz mit seiner kleinräumigen kommunalen Struktur hat gute Voraussetzungen, Partizipation in der Fläche zu gewährleisten. Dazu sollten Kommunen und Landkreise finanziell so ausgestattet werden, dass sie wieder handlungsfähig sind. Situationen, in denen die gewählten Gremien in Kommunen und Landkreisen vorrangig von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und den Hinweisen des Landesrechnungshofes abhängig werden, sind der Demokratie abträglich. Vorrangige Akteure der Demokratie sind die Parlamente des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften, nicht die Verwaltungen.

Um den räumlichen Spaltungsfaktoren vor allem in den Städten entgegenzuwirken, bedarf es einer Stärkung des sozialen Wohnungsbaus. Noch immer fallen in Rheinland-Pfalz mehr Wohnungen aus der Sozialbindung heraus als neu geschaffen werden. Die Bedarfe an sozialer Wohnraumförderung, insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten, sind ungebrochen hoch.

Die im Programm »Sozialer Zusammenhalt« enthaltenen Elemente zur Stärkung von Wohngebieten oder Stadtteilen (Quartiersmanagement) sollten im Interesse der Beteiligung der Bürger*innen deutlich gestärkt werden. Aktivierende Gemeinwesenarbeit hat in den benachteiligten Standorten dazu beigetragen, die Lebensverhältnisse der Bürger*innen zu verbessern, weil sie die Stärken und Kompetenzen der Menschen vor Ort aufgegriffen hat. Damit leistet Gemeinwesenarbeit einen Beitrag für die demokratische Mitwirkung durch politische Bildung. Um vergleichbare Lebensverhältnisse in unterschiedlichen Quartieren herzustellen, ist Gemeinwesenarbeit auf andere Stadtteile auszuweiten. Flankierende Programme wie »Jugend stärken im Quartier« (JustiQ) und »Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier« (BIWAQ) können helfen, die Integrationsprozesse zu unterstützen. Dabei muss mehr als bislang die Kreativität und Verantwortungsbereitschaft der Bürger*innen in Anspruch genommen werden, etwa durch Bürgerhaushalte oder die Förderung von Bürgergenossenschaften für Energie, Verkehr, und Dorferneuerung. So können regionale Wertschöpfungsnetzwerke geschaffen und gezielt gefördert werden. Auch Kirche und Diakonie können zu solchen Aktivierungs- und Beteiligungsprozessen beitragen und dadurch die demokratische Gestaltung des Gemeinwesens vor Ort fördern. Hier besteht – ergänzend zur vorherrschenden Beratungs- und Anstaltsdiakonie – erheblicher Entwicklungsbedarf.

Rheinland-Pfalz kann sich die Erfahrungen mit Strukturwandel und Strukturbrüchen zunutze machen, die das Land in den vergangenen Jahrzehnten erfahren hat, etwa durch den Abzug von Teilen der US-Truppen sowie das Wegbrechen traditioneller Industrien in den Bereichen Leder und Textilverarbeitung. Strukturwandel und Strukturbrüche werden sich durch komplexe und auf nationaler Ebene schwer zu beeinflussende Wirtschaftsentwicklungen auch in

Zukunft ergeben. Auch ökologische Erfordernisse werden gravierende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft nötig machen. Damit solche Transformationserfahrungen nicht nur passiv erlitten werden und Bürger*innen sich von der Demokratie als Lebensform abwenden, sollten sie politisch und finanziell so begleitet werden, dass die betroffenen Regionen und die Bürger*innen sozial gefördert und befähigt werden, den Wandel aktiv zu gestalten.

Eine wichtige Voraussetzung ist gute Bildung, die nicht nur dem Erwerb von Fähigkeiten der Berufsausübung dient, sondern in einem umfassenden Sinn an der Selbstbildung der Individuen in ihren jeweiligen Lebenslagen orientiert ist. Das Land, die Träger von Kindertagesstätten, Schulträger und Träger außerschulischer Bildungsarbeit sollten die Bildungseinrichtungen in ihrem Verantwortungsbereich stärken. Wichtige pädagogische Teilaufgabe ist das Einüben einer Kultur der Achtsamkeit und des gegenseitigen Respekts. Dazu gehört neben der individuellen auch die strukturelle Dimension des Umgangs mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Besonderes Augenmerk ist neben den genannten Institutionen auch auf die informelle Bildung zu legen, da hier in besonderer Weise offene, subjektorientierte Formen pädagogischer Arbeit zum Einsatz kommen und Zielgruppen mit eingeschränkten Teilhabechancen gut erreicht werden können.

Subjektive Ängste sind zweifelsohne nicht immer und nicht ausschließlich mit ökonomischen und sozialpolitischen Maßnahmen zu dämpfen. Die grundsätzlich mit den unzähligen Wahlmöglichkeiten der Postmoderne eröffneten Freiheits- und Souveränitätsgewinne der Individuen sind eine »Zumutung«; denn sie stellen die Beheimatung im Gewohnten infrage. Solche Kränkungen können nur durch Empathie, Zuwendung, Respekt und Ermutigung gemindert und dürfen nicht durch weitere Exklusion verstärkt werden. Dabei bedarf es unterschiedlicher Formen der Partizipation. Tiefgreifende Veränderungen in hohem Tempo können Menschen überfordern, so dass sie regressiv reagieren und für autoritäre Versuchungen empfänglich werden. Der Staat muss die im Gang befindlichen Veränderungen daher sozialpolitisch begleiten, abfedern und zugleich Handlungsräume für die Eigeninitiativen der Bürger*innen eröffnen. Die Sozialpartner

können betriebliche Partizipation stärken und dazu beitragen, den Wandel sozialverträglich zu gestalten.

Christlicher Glaube ermuntert Menschen zum Gebrauch ihrer Freiheit und versteht die Gerechtigkeit des von struktureller Nächstenliebe angeregten Sozialstaates nicht im Sinne paternalistischer Rundumbetreuung, sondern als Ermöglichungsraum zur Betätigung der Freiheit. Die Glaubensbotschaft der Kirchen kann die Resilienz der Menschen stärken, indem sie jenseits der alltäglichen Unsicherheiten Vertrauen in das Leben transzendent verankert und damit zugleich Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

Abschluss: Einladung zum Gespräch

Die Autoren des vorliegenden Impulspapiers hatten es sich zur Aufgabe gemacht, den irritierenden Anzeichen eines Akzeptanz- und Vertrauensverlustes der freiheitlichen Demokratie speziell im Hinblick auf das Land Rheinland-Pfalz nachzugehen und Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Dass dies nur fragmentarisch geschehen konnte, versteht sich von selbst. Insofern begreift sich das auf zahlreiche Diskurse mit Parlamentarier*innen und anderen Fachleuten zurückgreifende Papier als Impuls, der in unterschiedlichen Zusammenhängen aufgegriffen werden kann. Aus Sicht der Autoren sind neben Politiker*innen und politischen Institutionen zivilgesellschaftliche Akteure, Kirchen und Wohlfahrtsverbände gefordert. Die politischen Akteure in Regierung, Parlament und Parteien laden wir ein, die Anregungen dieses Impulspapiers ernsthaft zu bedenken und gegebenenfalls politisch umzusetzen.

Anhang

Dieses Impulspapier wäre nicht möglich geworden ohne intensive Gespräche mit Vertreter*innen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und den offenen Austausch mit Landtagsabgeordneten aller Fraktionen im Rahmen der Mainzer Evangelischen Gespräche. Für Anregungen, Unterstützung sowie aufgelösten und nicht aufgelösten Widerspruch danken wir besonders:

Jutta Blatzheim-Roegler MdL

Matthias Blöser

Dr. Andreas Böhringer

Dr. Anja Diesel

Selina Fucker

Dr. Wolfgang Gern

Roland Graßhoff

Dr. Franz Grubauer

Hendrik Hering, Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Dr. Anna Köbberling MdL

Barbara Kohlstruck

Marlies Kohnle-Gros MdL

Dr. Thorsten Latzel

Dr. Helmut Martin MdL

Prof. Dr. Gerd Mielke

Dietmar Muscheid

Thomas Nettelmann

Johannes Rossel

Prof. Dr. Michael Roth

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli

Pia Schellhammer MdL

Barbara Schleicher-Rothmund

Anja Schlösser

Ralph Schrader

Franca Schreiber

Karin Schwartz
Christian Schwindt
Werner Simon
Prof. Dr. Caja Thimm
Nadine Tzounakis
Eva-Maria Vogt

>Zur Person:

Dr. Christoph Picker ist Direktor der Evangelischen Akademie der Pfalz. Der promovierte Kirchenhistoriker ist Vorstandsmitglied des Trägervereins der Friedensakademie Rheinland-Pfalz und Mitglied der pfälzischen Landessynode. Herausgegeben hat er die Studie »Protestanten ohne Protest. Die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus«. Im Herbst erscheint im Schoeningh-Verlag Paderborn seine »Flüchtlingsethik«.

Dr. Thomas Posern ist Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz am Sitz der Landesregierung. Bis 2010 war er stellvertretender Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Als promovierter Sozialethiker hat er zahlreiche Beiträge zu sozial- und wirtschaftsethischen Fragen veröffentlicht. Zusammen mit Klaus Heidel war er Geschäftsführer des Herausgeberkreises des Jahrbuchs Gerechtigkeit.

Frank Vogelsang ist Direktor der Evangelischen Akademie im Rheinland. Zuletzt veröffentlicht hat er die Monografie »Soziale Verbundenheit. Das Ringen um Gemeinschaft und Solidarität in der Spätmoderne« (2020) und einen Beitrag »Diskurse in Zeiten des Gebrülls« in der Schriftenreihe der Evangelischen Akademie zu Berlin (2020).

Die Demokratie steht unter Druck. Protestbewegungen, Populisten und Rechtsextreme sind im Aufwind. Autoritäre Optionen gewinnen an Attraktivität. Kritik am politischen System wird lauter. Die Irritation hierüber ist auch im unaufgeregten Rheinland-Pfalz spürbar. Das Evangelische Büro in Mainz und die Evangelischen Akademien der Pfalz, des Rheinlandes und in Frankfurt sind den Veränderungen im Gespräch mit Landtagsabgeordneten und Fachleuten aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft nachgegangen. In ihrem Impulspapier deuten die drei Autoren aus evangelischer Sicht Repräsentationslücken und Beteiligungsdefizite, Digitalisierung und Strukturwandel der Öffentlichkeit sowie gesellschaftliche Spaltungsprozesse.

akademie_skizzen_06

ISSN 2509-338X